



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Länderreport 8 Venezuela

Stand: 2/2019

Asyl und Flüchtlingsschutz

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrecht zugelassen ist, insbesondere eine Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Mikroverfilmung und/oder eine Einspeicherung und Verarbeitung, auch auszugsweise, in elektronischen Systemen ist nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Die Inhalte dürfen ohne gesonderte Einwilligung lediglich für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch sowie ausschließlich amtsinternen Gebrauch abgerufen, heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden, wenn alle urheberrechtlichen und anderen geschützten Hinweise ohne Änderung beachtet werden.

Copyright statement

This report/information is subject to copyright rules/all rights reserved. Any kind of use of this report/information – in whole or in part – not expressly admitted by copyright laws requires approval by the Federal Office of Migration and Refugees (Bundesamt). Especially reproduction, adaptation, translating, microfilming, or uploading in electronic retrieval systems – is allowed only upon prior approval by the Bundesamt provided the source is acknowledged.

Use of the report/information may be made for private, non-commercial and internal use within an organisation without permission from the Bundesamt following copyright limitations.

Disclaimer

Die Information wurde gemäß der EASO COI Report Methodology (2012), den gemeinsamen EU-Leitlinien für die Bearbeitung von Informationen über Herkunftsländer (2008) sowie den Qualitätsstandards des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2013) auf Grundlage sorgfältig ausgewählter und zuverlässiger Informationen erstellt. Wurden Informationen im Rahmen sogenannter Fact-Finding-Missions in den Herkunftsländern gewonnen, erfolgte dies unter Berücksichtigung der gemeinsamen EU-Leitlinien für (gemeinsame) Fact-Finding-Missions (2010). Alle zur Verfügung gestellten Informationen wurden mit größter Sorgfalt recherchiert, bewertet und aufbereitet. Alle Quellen werden genannt und nach wissenschaftlichen Standards zitiert.

Die vorliegende Ausarbeitung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Findet ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person oder Organisation keine Erwähnung, bedeutet dies nicht, dass ein solches Ereignis nicht stattgefunden hat oder die betreffende Person oder Organisation nicht existiert. Der Bericht/die Information erlaubt keine abschließende Bewertung darüber, ob ein individueller Antrag auf Asyl-, Flüchtlings- oder subsidiären Schutz berechtigt ist. Die benutzte Terminologie sollte nicht als Hinweis auf eine bestimmte Rechtauffassung verstanden werden. Die Prüfung des Antrags auf Schutzgewährung muss durch den für die Fallbearbeitung zuständigen Mitarbeiter erfolgen. Die Veröffentlichung stellt keine politische Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dar.

Diese Ausarbeitung ist öffentlich.

Disclaimer

The information was written according to the „EASO COI Report Methodology (2012)“, the „Common EU guidelines for processing factual COI (2012)“ and the quality standards of the Federal Office for Migration and Refugees (Bundesamt) (2013). It was composed on the basis of carefully selected and reliable information. Information from so-called fact-finding missions in countries of origin is provided in accordance with EU directives for (common) fact-finding missions (2010). All information provided has been researched, evaluated and analysed with utmost care within a limited time frame. All sources used are referenced and cited according to scientific standards.

This document does not pretend to be exhaustive. If a certain event, person or organization is not mentioned, this does not mean that the event has not taken place or that the person or organization does not exist. This document is not conclusive as to the merit of any particular claim to international protection or asylum. Terminology used should not be regarded as indication of a particular legal position. The examination of an application for international protection has to be carried out by the responsible case worker. The information (and views) set out in this document does/do not necessarily reflect the official opinion of the Bundesamt and makes/make no political statement whatsoever.

This document is public.

Inhaltsverzeichnis

1. Zahlen, Daten, Fakten.....	1
2. Hintergrund zum Konflikt.....	2
3. Aktuelle Lage.....	4
4. Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung.....	5
4.1. Soziale Disziplinierung durch Ressourcenzugang.....	5
4.2. Verschwindenlassen von Personen, Folter.....	5
4.3. Operación Liberación del Pueblo (OLP).....	6
4.4. Tascón-Liste und Maisanta-Programm	6
5. Armee, Sicherheitsdienste und Colectivos.....	7
5.1. Die Armee.....	7
5.2. Die Guardia Nacional de Venezuela (GNB).....	7
5.3. Policía Nacional Bolivariana (PNB).....	8
5.4. Staatliche Polizei.....	8
5.5. Colectivos.....	8
6. Die Rolle des Konzerns PDVSA	9
7. Soziale Sicherungssysteme	9
8. Fazit.....	11
Impressum.....	12

1. Zahlen, Daten, Fakten

	
Ländername	Bolivarische Republik Venezuela (República Bolivariana de Venezuela)
Bevölkerung	Ca. 32 Millionen (2018)
Hauptstadt	Caracas. Ca. 2 Millionen Einwohner
Staatsoberhaupt	Nicolás Maduro
Amtssprachen	Spanisch, besondere Stellung der indigenen Sprachen (35 gesprochene Sprachen)
Währung	Bolívar soberano (VES)
Religion	Ca. 96% Römisch-Katholisch, daneben verschiedene Freikirchen, Zeugen Jehovas, Neuapostolische Kirche und diverse synkretistische und indigene Kulte.

Anträge und Entscheidungen im Asylverfahren 2017 und 2018

Asylerstanträge	203	404
Entscheidungen über Asylanträge (gesamt)	218	296
Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Familienasyl)	8	18
Anerkennungen als Flüchtling (§ 3 I AsylG einschl. Familienschutz)	45	48
Feststellung von subsidiärem Schutz (§ 4 I AsylG einschl. Familienschutz)	3	4
Feststellung eines Abschiebungsverbotes (§ 60 V/VII AufenthG)	25	23
Ablehnungen	127	189
Sonstige Verfahrenserledigungen	10	14

2. Hintergrund zum Konflikt

Venezuela befindet sich in einer tiefen Krise. Zum einen beherrscht die seit Jahren andauernde, massive Wirtschaftskrise nahezu jeden Aspekt des täglichen Lebens. Seit 2015 ist das BIP um rund 50% eingebrochen. Die Inflation wird für das Jahr 2019 inzwischen auf siebenstellige Raten geschätzt.¹ Zum anderen sind die vielschichtigen, politischen Repressionen des herrschenden Regimes und die um sich greifende Gewalt zu nennen. Seit dem Jahr 1999 steigen die Zahlen gewaltsam zu Tode gekommener Personen stetig.² Es gibt auch außerhalb direkter politischer Verfolgung oder gewaltsamer Aktionen des Regimes liegende Faktoren, wie den durch die Krise verstärkten Anstieg der Bandenkriminalität und die Erosion staatlicher Strukturen.³

Seit dem Jahr 1999 wird das Präsidentenamt von einem Anhänger der sogenannten „bolivarischen Revolution“ gehalten, zunächst bis zum Jahr 2013 von Hugo Chávez. Seit dessen Tod ist Nicolás Maduro Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela (seit der Zusammenführung verschiedener linker Parteien 2006 „Partido Socialista Unida de Venezuela, PSUV“). Unterbrochen wurde diese Phase nur für einen Tag bei dem Putschversuch im Jahr 2002.

Die Geschichte dieser Präsidentschaften ist einerseits von zunehmender politischer Repression gegenüber den Angehörigen der Opposition, andererseits von einem zunächst erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung geprägt. Dieser leitete sich aus hohen Weltmarktpreisen für Rohöl her, die zeitweilig 98% der Exporteinnahmen ausmachten.⁴ Gestützt auf diese Einnahmen wurde eine Wirtschaftspolitik durchgeführt, in der Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaft zugunsten von ausgedehnten neuen Sozialleistungen und eines parallelen Systems der Gesundheitsversorgung, den „Bolivarischen Missionen“, gering gewichtet wurden. Das ließ zunächst die allgemeine Lebensqualität steigen und reduzierte die Armut im Land spürbar.⁵ So reduzierte sich der Anteil der Armen an der Bevölkerung von über 40% auf etwa 20%. Es gab sicht- und spürbare ökonomische Vorteile für große Teile der armen Bevölkerung, aus der sich auch die Unterstützerbasis für die Präsidentschaft von Hugo Chávez ergab. Es wurde in erheblichem Maße auf Import, aber nicht auf wirtschaftliche Diversifikation gesetzt. Auch Modernisierungen der Ölförderanlagen unterblieben weitgehend. Bereits früh begannen die Chavisten (Anhänger von Hugo Chávez) damit, Betriebe zu verstaatlichen und ihre Leitung an Gleichgesinnte zu übergeben.

Parallel zu den vordergründigen Erfolgen kam es zunehmend zu Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit, v.a. durch propagandistisches Vorgehen gegen unabhängige Medien, Repressionen und die stückchenweise Verstaatlichung der meisten regierungskritischen Medien. Diese geschahen v.a. ab dem Jahr 2002. Kritische Medienstimmen wurden dabei nie vollständig ausgeschaltet. Bis heute gibt es mit der Tageszeitung „El Nacional“ ein Sprachrohr der Opposition.

Die außenpolitische Orientierung wurde in ihrem stark antiamerikanischen Grundton davon bestärkt, dass es im April 2002 in Folge des Austauschs eines Großteils der Führungsriege des staatlichen venezolanischen Erdölkonzerns PDVSA (siehe hierzu Kapitel 6.) zu einem Putschversuch kam, der nach Auffassung der meisten Beobachter und ausweislich diverser Indizien durch die USA unterstützt wurde.⁶ Chávez wurde allerdings von

¹ <https://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-venezuela.pdf>, abgerufen am 26.09.18.

² Stiven Tremaria, Violent Caracas: Understanding Violence and Homicide in Contemporary Venezuela, in: International Journal of Conflict and Violence, Vol 10 (2016), S. 62-75, <http://www.smallarmssurvey.org/fileadmin/docs/U-Reports/SAS-Report-GVD2017.pdf>, abgerufen am 26.09.18.

³ Jesús Manuel Ares Mújica, The dramatic increase of violent crime in Venezuela since 1999: The Relationship between homicide and the country's new role in drug trafficking, Barcelona 2015, http://www.ibei.org/ibei_studentpaper23_71976.pdf, abgerufen am 26.09.18.

⁴ https://www.opec.org/opec_web/en/about_us/171.htm, abgerufen am 25.09.18.

⁵ Venezuela definiert seine Armutsquote anhand eines Warenkorbbes, dessen Erwerb als existenzsichernd angesehen wird. Nach dieser Definition waren im Jahr 2017 bereits 87% der Haushalte als „arm“ zu betrachten, waren also nicht in der Lage, aus ihren Einnahmen heraus ihre grundlegende Versorgung sicherzustellen. Es gibt Schätzungen, nachdem selbst bei Aufwendung sämtlicher derzeitiger Einnahmen des Staates für die Einfuhr von Lebensmitteln zusammen mit der Eigenproduktion die so zur Verfügung stehende Menge an Nahrungsmitteln nicht reichen würde, die benötigte Kalorienmenge für die Grundversorgung der Bevölkerung zu erreichen. Siehe dazu <https://www.brookings.edu/blog/up-front/2018/12/10/how-many-more-migrants-and-refugees-can-we-expect-out-of-venezuela/>, abgerufen am 14.02.19.

⁶ Diese Hinweise gab es bereits kurz nach dem Putschversuch und verdichteten sich im Laufe der Zeit, siehe z.B.

<https://www.nytimes.com/2004/12/03/washington/world/documents-show-cia-knew-of-a-coup-plot-in-venezuela.html>, abgerufen am 22.02.19.

einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen und die Putschisten nach kurzer Zeit festgesetzt. Spanien hat seine Beteiligung an dem Putschversuch im Jahr 2004 offiziell zugegeben.⁷

Im Rahmen der sich anschließend verschärfenden Spannungen zwischen Chavisten und Opposition begann eine Säuberungswelle in der öffentlichen Verwaltung und in vielen Staatsbetrieben. Ton und Schärfe der Auseinandersetzung nahmen zu. Zudem wandte sich Venezuela verstärkt anderen außenpolitischen Partnern zu, v.a. Kuba, China und Russland, in geringerem Maße Iran. Gerade mit Kuba wurde eine intensive Kooperation vereinbart, welche die Lieferung von Öl gegen die Entsendung von Ärzten und Militärberatern beinhaltet. Mit Russland wurden dagegen in hohem Maße Rüstungsgeschäfte abgeschlossen.

Seit der Wirtschaftskrise 2009 änderte sich die Lage, als der mit der Krise einhergehende Ölpreisschock erstmals das venezolanische Modell in Frage stellte. Im Rahmen der Verstaatlichung profitabler Betriebe zutage tretendes staatliches Missmanagement erhöhte weiter die Abhängigkeit von Importen, während sie die Notwendigkeit der Devisenbeschaffung verstärkte. Anstelle einer Diversifizierung der Wirtschaft wurde die Ölproduktion zum fast einzigen Exportgut.

Im Jahr 2013 starb Hugo Chávez. Sein Nachfolger wurde Nicolás Maduro. Er galt innerhalb der Regierung Chávez als ein stark ideologisch im Sinne des kubanischen Regimes orientierter Politiker. Es gab Mutmaßungen, dass Kuba bei der Auswahl des neuen Präsidenten maßgeblich beteiligt war.⁸

In der Folge sorgte das Absinken der Fördermenge zusammen mit dem erneuten Abfall der Rohölpreise im Jahr 2014 dafür, dass die Basis der Ökonomie Venezuelas noch stärker getroffen wurde. Da in den Jahren zuvor die Landeswährung durch hohe Exportgewinne stark aufgewertet wurde und Importe in diversen Bereichen billiger als einheimische Produkte geworden waren, schlossen viele venezolanische Firmen schon vor der Krise. Befördert wurde dieser Effekt beträchtlich durch die bereits erwähnten Verstaatlichungen und staatliches Missmanagement. Verschiedene ungeeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der ökonomischen Krise verstärkten diese noch weiter.

Die wirtschaftliche Krise beförderte die parallel stattfindende politische Krise. In den nicht umstrittenen Wahlen vom Dezember 2015 hatte die Opposition eine deutliche Mehrheit in der Nationalversammlung gewonnen. Daraufhin wurde der Staatsumbau in Richtung einer auf Maduro hin ausgerichteten, autoritären Regierung mit deutlicher Schwächung und teilweise Aufhebung der Gewaltenteilung energisch vorangetrieben. Durch Druck und Urteile des präsidententreu besetzten Obersten Gerichtshofes konnte zunächst eine Zweidrittelmehrheit für die Opposition verhindert werden, indem die Wahl von vier Abgeordneten für verfassungswidrig erklärt wurde. Seitdem werden regelmäßig Beschlüsse des Parlamentes durch das Verfassungsgericht aufgehoben.

Nachdem im März 2017 der Oberste Gerichtshof die Immunität oppositioneller Parlamentsmitglieder aufgehoben hatte, entwickelte sich die angespannte Lage zur Verfassungskrise. Am 14.04.17 kam es zu den bisher größten Massenprotesten mit mehreren Toten. Allein in der Hauptstadt Caracas nahmen mehrere Hunderttausend Menschen an den Protesten teil. Nachdem Präsident Maduro am 01.05.17 eine neue verfassungsgebende Versammlung mit Mitgliedern aus den kommunalen Gremien und damit de facto von Seiten der Sozialistischen Einheitspartei ankündigte, verstärkten sich die Proteste. Sicherheitskräfte und paramilitärische Colectivos (s.u. Kapitel 5.) gingen mit Gewalt gegen die oppositionellen Demonstranten vor. Ende Mai eskalierten die Proteste in Barinas, dem Heimatort von Hugo Chávez. Es gab mehrere Tote und hunderte Verletzte.

Die Protestbewegung erlahmte, nachdem im Juli die neue verfassungsgebende Versammlung bestimmt und auch die Kommunalwahlen im Oktober zugunsten von Maduro ausgegangen waren. Mit Voranschreiten des wirtschaftlichen Abstiegs und des politischen Umbau des Staates, verstärkte sich der Exodus großer Teile der venezolanischen Bevölkerung. Diese Tendenzen setzen sich 2018 deutlich fort: Seit Anfang des Jahres war eine deutlich erhöhte Zahl von Desertionen aus den Sicherheitskräften sowie von Verhaftungen von Soldaten und Polizisten zu beobachten. Ebenso nahmen die sogenannten OLPs („Volksbefreiungsoperationen“) deutlich zu. Sie liefen darauf hinaus, dass als oppositionell geltende Straßenzüge und Straßenviertel systematisch von Sicherheitskräften durchforstet und dabei überwiegend junge Männer verhaftet und zum Teil auch illegal

⁷ https://elpais.com/diario/2004/12/02/espana/1101942001_850215.html, abgerufen am 19.02.19.

⁸ <https://www.ft.com/content/b7141b78-c497-11e3-b2fb-00144feabdc0>, abgerufen am 19.02.19.

exekutiert wurden.⁹ Im Zusammenhang mit Protesten gegen die Regierung starben im Jahr 2017 mindestens 158 Personen.¹⁰ Bis zu 8200 Personen wurden zwischen Anfang 2017 und Mitte 2018 Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen.¹¹

3. Aktuelle Lage

Eine Ursache für die jüngsten Eskalationen, aber auch für den Zustand der Legitimität des Staatswesens und seiner Beurteilung, ist in der Präsidentschaftswahl des Jahres 2018 zu sehen. Die Legislaturperiode des venezolanischen Präsidenten beträgt regulär sechs Jahre. Im Jahr 2013 wurde durch den Tod Hugo Chávez' eine vorgezogene Präsidentschaftswahl notwendig, die Maduro nach einer stark umstrittenen Wahl gewann. Regulär hätte die neue Wahl Ende 2018 stattfinden sollen (die Vereidigung erfolgt üblicherweise im Januar). Der Wahltermin wurde aber kurzfristig vorgezogen und schlussendlich auf den 20. Mai gelegt. Dies schwächte die Opposition erheblich, da sie über deutlich weniger Ressourcen als die die staatlichen Einrichtungen nutzende PSUV verfügte. Die Opposition hatte so nur sehr wenig Vorbereitungszeit, zumal der Zugang zu den Medien bereits stark eingeschränkt worden war. Namhafte Regierungskritiker erhielten nicht die Möglichkeit, sich zur Wahl aufstellen zu lassen: Mehrere Oppositionelle saßen unter diversen Vorwänden in Haft, standen unter Hausarrest, flohen ins Exil oder erhielten ein Ämterverbot. Nahezu alle aussichtsreichen Oppositionskandidaten wurden somit an der Teilnahme gehindert, zumal die Repression inzwischen ein neues Ausmaß angenommen und die Zahl inoffizieller Tötungen erheblich zugenommen hatte. Infolge der diversen Repressionen boykottierte die Oppositionsallianz MUD, die Sammelbewegung „Mesa de la Unidad Democrática“, die versucht, alle gegen die Herrschaft der PSUV gerichteten Kräfte zu bündeln, daraufhin die Wahl. Nur etwa 46% der Wahlberechtigten nahmen an der Wahl teil. Da die Wahl in erheblichem Maße über elektronische Apparate abgewickelt wurde und Inhaber der Carnet de la Patria mittels dieser Karte abstimmen mussten, erfüllte diese Wahl nach Ansicht internationaler wie nationaler Beobachter nicht demokratischen Mindeststandards.¹²

Mit dem 10.01.19 endete die erste Amtszeit Maduros und seine offizielle Vereidigung für die zweite Amtszeit wurde durchgeführt. Da die das Parlament dominierende Opposition die Präsidentschaftswahl nicht als legitim betrachtet, berief sie sich auf Artikel 233 der Verfassung. Dieser sieht vor, das im Falle des Todes, der Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes oder anderer Umstände, die zum Fehlen eines legitimen Präsidenten führen, die Wahl eines Interimspräsidenten durch das Parlament vorgenommen wird.¹³ Die Wahl des Parlamentes fiel dabei auf den bis dahin eher unbekanntes Parlamentspräsidenten Guaidó. Die Vereidigung Guaidós wurde auf den 23.01.19 terminiert, das Datum des Putsches von 1956, das symbolisch für die Usurpation der Macht durch Maduro (aus Sicht des Parlamentes) steht, und zu Großkundgebungen an dem Tag aufgerufen. Maduro seinerseits rief zu Gegendemonstrationen am 25.01.19 auf, dem 20. Jahrestag des ersten Wahlsieges von Chávez. Beide Seiten brachten eine erhebliche Anhängerschaft auf die Straßen, allerdings demonstrierten deutlich mehr Anhänger für Guaidó, während von Seiten der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) systematisch Unterstützer und z.B. Angestellte von Staatsbetrieben zur Teilnahme verpflichtet wurden. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass Maduro keine Unterstützung in der Bevölkerung hat.

International gewann Guaidó schnell umfangreiche Unterstützung. Die weite Mehrheit der amerikanischen und viele EU-Staaten erkannten ihn als Übergangspräsidenten an. Die Lima-Gruppe, wie auch die USA, boten humanitäre Güter an, die von Maduro seit Jahren ausgeschlagen wurden. Seit dem 05.02.19 werden diese grenznah gelagert, während von der Armee der Zugang für die Hilfslieferungen verwehrt wird. Die Proteste und Repressionen nehmen landesweit zu, während sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Die Großdemonstrationen werden derzeit nicht in vergleichbarem Maße wie im Jahr 2017 durch die Sicherheitskräfte

⁹ Siehe dazu UNHCR, Human rights Violations in the Bolivarian Republic of Venezuela: a downward spiral with no end in sight, Report by the Office of the United Nations High Commissioner for Human rights, June 2018, abrufbar unter https://www.ohchr.org/Documents/Countries/VE/VenezuelaReport2018_EN.pdf

¹⁰ <http://runrun.es/nacional/339024/muere-joven-que-habia-sido-herido-en-las-protestas-de-2017-en-ejido/>, abgerufen am 26.09.18.

¹¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/09/venezuela-authorities-must-stop-criminalizing-and-killing-young-people-living-in-poverty/>, abgerufen am 27.09.18.

¹² Siehe dazu die Ausführungen der BpB: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/269419/praesidentschaftswahl-in-venezuela>

¹³ Siehe dazu https://www.oas.org/juridico/mla/sp/ven/sp_ven-int-const.html;

und mit dem Regime verbündete Gruppen (PNB, GNB oder Colectivos) mit Gewalt bekämpft. Dafür nehmen extralegale Tötungen, v.a. in Stadtvierteln und Städten, deren Bewohner sich von Maduro abzuwenden scheinen, deutlich zu. Auch Repressionen gegen die Pressefreiheit und die politische Betätigung der Opposition sind weiter verstärkt worden, was aber nicht heißt, dass z.B. oppositionelle Strukturen systematisch zerschlagen werden, sondern die allgemeine Drohkulisse verstärkt wird.¹⁴

4. Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung

Die venezolanische Regierung geht mit verschiedenen Mitteln gegen die Opposition, aber auch Einzelpersonen vor.¹⁵ Wesentlicher Grundsatz ist dabei die Machterhaltung des herrschenden Systems.¹⁶ Zielgerichtete Maßnahmen richten sich im Wesentlichen gegen exponierte Einzelpersonen, gegen Teilnehmer an Demonstrationen sowie generell gegen junge Männer in Stadtvierteln, die als oppositionell eingestuft werden oder anscheinend dabei sind, oppositionell zu werden.

4.1. Soziale Disziplinierung durch Ressourcenzugang

Die Regierung nutzt die zur Verfügung stehenden Mittel, um eine möglichst hohe soziale Disziplinierung zu erreichen und damit einerseits den Zustrom zu oppositionellen Demonstrationen zu unterbinden, andererseits eine Wählerbasis zur eigenen Legitimation zu schaffen. Die ökonomische Krise ermöglicht es dabei, vor allem durch die Kontrolle der Lebensmittelverteilung und weiter Teile des Arbeitsmarktes Personen oder Personengruppen, etwa oppositionell gesinnte Stadtteile oder Regionen, sozial zu isolieren und notfalls in den Hunger zu treiben. Eine solche Methode ist z.B. die Ausgabe der „carnet de la patria“, eine Art freiwillige Bezugskarte, die bevorzugten Zugang zu verschiedenen Sozialleistungen ermöglicht, andererseits aber auch z.B. die Wahlentscheidung (gewählt wird mittels elektronischer Wahlautomaten) nachvollziehbar macht und so der Kritik nach eine Methode sozialer Kontrolle und des Stimmenkaufs ist.¹⁷ Auch das System der CLAPs (siehe dazu unter Kapitel 6.), also von Nahrungsmittelpaketen, deren Bezug für viele Venezolaner lebenswichtig ist, wird anscheinend entsprechend so genutzt. Bekannte Unterstützer scheinen vorrangig Zugang zu erhalten, die Ausgabe wird teilweise z.B. auf Zeitpunkte oppositioneller Demonstrationen gelegt und ähnliches. Glaubhafte Zeugenaussagen berichten u.a. davon, dass für den Fall des Nichterscheinens bei pro-Regierungs-Demonstrationen die CLAPs gestrichen werden.¹⁸

4.2. Verschwindenlassen von Personen, Folter

Seit 2014 wird zunehmend offener gegen missliebige Personen und Gebiete vorgegangen. Diese Entwicklung hat sich seit 2017 verstärkt. Das umfasst nicht nur willkürliche Verhaftungen, das „Verschwindenlassen“ und augenscheinlich auch die straffreie Anwendung von Folter im Gewahrsam¹⁹, sondern auch direkte Polizeigewalt. Regelmäßig geschah dies im Jahr 2017 im Rahmen der Demonstrationen gegen die Regierung, bei der von Seiten der Sicherheitskräfte zeitweilig tödliche Munition eingesetzt wurde, was zu Gegenwehr der Demonstranten und der Etablierung von sogenannten „Schocktruppen“ auf der Seite der Demonstrierenden führte, die mit

¹⁴ Siehe dazu die AI-Berichte <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/8975/2018/en/>, abgerufen am 20.02.19 und <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/10/venezuela-allanamientos-ilegales-en-aumento-mientras-la-represion-llega-a-hogares/>, abgerufen am 20.02.19.

¹⁵ ebd.

¹⁶ Der venezolanische Staatsapparat muss überwiegend als stark korruptionsanfällig bezeichnet werden, ebenso die Sicherheitsdienste. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International belegte Venezuela für 2017 den Platz 169 von 180 Ländern, vergleichbar mit Irak, Libyen oder Turkmenistan. <https://www.transparency.org/country/VEN>; zudem ist die vielfältige Kooperation auch offizieller Stellen mit Kartellen und Banden unterschiedlicher Art dokumentiert. Zusammenfassend der Report der Recherche-Plattform InSight Crime, Venezuela, a Mafia State?, abrufbar unter <https://www.insightcrime.org/investigations/venezuela-mafia-state/>, abgerufen am 28.09.18.

¹⁷ Zu Funktionsweise und Kritik exemplarisch: <https://www.eltiempo.com/mundo/venezuela/carnet-de-la-patria-el-documento-del-control-social-en-venezuela-263224>, abgerufen am 27.09.

¹⁸ <https://www.nzz.ch/international/die-verlorenen-kinder-der-bolivarischen-revolution-ld.1458508?fbclid=IwAR2k2ApSG2bXxOnXh-hp80c90T7Si1xIaBaPXpCS-CxDQn7icvvgXzCQtX0>

¹⁹ Siehe z.B. HRW, „Crackdown on dissent“, <https://www.hrw.org/report/2017/11/29/crackdown-dissent/brutality-torture-and-political-persecution-venezuela#>. Abgerufen am 11.02.19 und HRW, „Venezuela: Suspected plotters tortured“, <https://www.hrw.org/news/2019/01/09/venezuela-suspected-plotters-tortured>, abgerufen am 11.02.19.

Setztschilden und Steinwürfen gegen die Sicherheitskräfte vorgingen.²⁰ In diesem Kontext verschwimmen teilweise die Grenzen von politischer Verfolgung und Strafverfolgung. Auf Seiten der Unterstützer Maduros erlangten die Colectivos eine besondere Bedeutung, die keine einheitlich organisierte Truppe darstellt. Sie rekrutieren sich aus diversen Unterstützern des Regimes und dürfen im Endeffekt straffrei Gewalt gegenüber Gegnern des Systems ausüben. Diese Gruppen sind üblicherweise, aber nicht immer, lokal organisiert und informell an das System angeschlossen. Es gibt keine klar benennbaren Kontaktleute und nachvollziehbaren Befehlsketten.²¹ Allerdings ist eine Koordination mit den Sicherheitskräften deutlich, so dass sich Beobachter einig sind, dass die Einsätze gegen Regimegegner bei Demonstrationen zentral gesteuert und befohlen werden. Sichtbar wurde dies spätestens im Januar 2019, als die Colectivos zwar Präsenz zeigten, aber genau wie die Sicherheitskräfte in vielen Fällen nicht einschritten und insgesamt diszipliniert auftraten.

4.3. Operación Liberación del Pueblo (OLP)

Bei der „Volksbefreiungsoperation“ handelt es sich um einen Aktionsplan, der durch Nicolás Maduro am 13.07.15 in Kraft gesetzt wurde. Offizielles Ziel ist, die massiv gestiegene Gewaltkriminalität in Venezuela zu bekämpfen. Umgangssprachlich wurde der Begriff OLPs daraufhin zum Synonym für Einsätze des Militärs oder der Polizeikräfte im Rahmen der durch den Plan erweiterten Befugnisse. Sie richteten sich ursprünglich v.a. gegen kolumbianische bewaffnete Gruppen, die sich auf venezolanisches Gebiet zurückgezogen hatten, sowie gegen die zunehmende Gewalt durch organisierte Banden und Drogenkartelle. Allen nachvollziehbaren Quellen zufolge laufen sie allerdings auf einen Raum rechtsfreier Operationen von Sicherheitskräften der Polizei hinaus, in der es zu Gewaltanwendung und Verhaftungen kommt. Ebenfalls werden vielfach belegt illegale Exekutionen durchgeführt. Spätestens seit 2016 werden die OLPs auch als Mittel der politischen Unterdrückung eingesetzt. Dabei werden üblicherweise einige Straßenzüge abgesperrt und anschließend die anliegenden Häuser durchsucht. In das Zielprofil – üblicherweise männliche Jugendliche oder Erwachsene bis etwa Mitte 30 – passende Personen werden dabei willkürlich verhaftet und teilweise exekutiert. Im Rahmen dieser Aktionen kam es auch immer wieder zu Gefechten. Seit dem Januar 2019 werden diese OLPs anscheinend nicht nur verstärkt, sondern v.a. gegen Stadtviertel, die bisher Unterstützer Maduros waren, aber abzufallen drohen, angewandt.

Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielten bereits in der Vergangenheit mehrere Massaker, die im Rahmen dieser Operation von verschiedenen Sicherheitskräften durchgeführt wurden²². Während es bis 2016 wiederholt auch Verhaftungen und Prozesse im Rahmen von Exzessen bei den OLPs gegeben hatte, ist inzwischen davon auszugehen, dass diese ohne jede Form legaler Verantwortung stattfinden.

4.4. Tascón-Liste und Maisanta-Programm

Im Jahr 2004 wurde von einer Bürgerbewegung eine Petition eingebracht, um ein Referendum zur Amtsenthebung von Präsident Chávez zu ermöglichen. Die Petition enthielt 3,4 Millionen Unterschriften, von denen 2,54 Millionen vom Nationalen Wahlrat (CNE) anerkannt wurden. Das Referendum fand am 15.08.04 statt. Laut Angaben der Wahlkommission stimmten 59,25% der Bürger gegen die Amtsenthebung und 40,74% dafür. Unter dem Vorwand, die Nutzung von fiktiven Unterschriften aufdecken zu wollen, autorisierte Präsident Chávez im Januar 2004 den Abgeordneten Luis Tascón, sich die Liste mit den Unterschriften vom Nationalen Wahlrat zu besorgen. Luis Tascón veröffentlichte kurz darauf die Liste mit den Namen der Unterschreibenden im Internet. Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, insbesondere aus dem Gesundheits- und Energiesektor wurden von der Regierung öffentlich angeprangert oder auch entlassen²³.

Im Rahmen des Wahlkampfes von 2005 entwickelte eine Pro-Chávez Gruppe das sogenannte „Maisanta-Programm“. Im Gegensatz zur Tascón-Liste handelte es sich bei Maisanta nicht um eine reine Auflistung von Na-

²⁰ Siehe dazu HRW, Crackdown on Dissent: <https://www.hrw.org/report/2017/11/29/crackdown-dissent/brutality-torture-and-political-persecution-venezuela>

²¹ Umfangreiche Darstellung der Colectivos und ihrer Einflussgebiete in Caracas: <https://www.insightcrime.org/investigations/devolution-state-power-colectivos/>

²² Etwa das Massaker von Barlovento, 12 Tote, Bericht bei Insight Crime: <https://www.insightcrime.org/news/brief/venezuela-massacre-highlights-sweeping-security-force-violence/>, abgerufen am 12.02.19, 11.41, oder das Massaker von Cariaco, neun Tote, hierzu etwa <https://www.elcorreodelorinoco.com/masacre-en-cariaco-nueve-muertos-tres-heridos/>, abgerufen am 12.02.19.

²³ (Human Rights Watch (2008) A Decade Under Chavez: Political Intolerance and Lost Opportunities for Advancing Human Rights in Venezuela, www.hrw.org/reports/2008/venezuela0908/2.htm, abgerufen am 20.02.19.

men, sondern um eine Datenbank mit detaillierten Informationen über 12 Millionen wahlberechtigte Bürger. Sie enthält u.a. die Angaben, ob die Person die Petition für das Referendum von 2004 unterschrieben hatte, ob sie an früheren Wahlverfahren teilgenommen hatte oder ob sie irgendwann im Auftrag des Staates gearbeitet hatte.

Sowohl die Weiterleitung wie auch die Veröffentlichung der Tascón-Liste wie auch die Nutzung des Maisanta-Programms, sind Maßnahmen, die geeignet sind, dem Staat politisch motivierte Repressalien zu ermöglichen und missliebige Personen zu identifizieren.²⁴

5. Armee, Sicherheitsdienste und Colectivos

Venezuela verfügt über eine Reihe von Sicherheitsdiensten sowie eine der größten Armeen der Region, die in unterschiedlichem Maße an der Bekämpfung der Opposition, dem Schmuggel und der Korruption beteiligt sind, aber auch ihren regulären Aufgaben als Ordnungshütern nachgehen.

Daneben bestehen die Colectivos, die de facto außerhalb der gesetzlichen Ordnung agieren. Alle diese bewaffneten Gruppen müssen als wesentliche Machtzentren innerhalb des venezolanischen Gefüges betrachtet werden, die zu den Hauptakteuren im derzeitigen Machtkampf gehören.

5.1. Die Armee

Der Armee wird im derzeitigen Machtkampf eine Schlüsselrolle zugesprochen. Sie ist eine der größten Streitkräfte Südamerikas mit etwa 350.000 aktiven Soldaten (zum Vergleich: Brasilien hat bei etwa siebenfacher Bevölkerung rund 360.000 Mann unter Waffen). Hierbei ist zu beachten, dass die Guardia Nacional mit ihrer Mannstärke von 70.000 in dieser Zahl enthalten ist. Einschließlich der Guardia Nacional stellt die Armee mit rund 200.000 Mann die mit Abstand größte und im Rahmen des derzeitigen Konfliktes wahrscheinlich entscheidende Teilstreitkraft dar.²⁵

Nach der Beteiligung mehrerer Generäle am Putschversuch gegen Hugo Chávez 2002 wurden in erheblichem Maße Generäle nachbenannt, die der chavistischen Regierung gegenüber loyal waren. Nach inzwischen 20 Jahren verdanken praktisch alle aktiven Generäle ihre Macht und Position entweder Chávez oder Maduro. Allein seit 2013 hat Maduro etwa 1000 Generäle ernannt. Insgesamt soll Venezuela über 2000 Generäle unterhalten (zum Vergleich: Die Streitkräfte der USA haben etwa 660).²⁶

Seit 2016 ist die Armee zentral für die Verteilung von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern in Venezuela zuständig. Das ermöglicht ihr eine außergewöhnliche Machtfülle und Zugriff auf ansonsten sehr rare Ware. Zudem sind eine Reihe von Generälen an der Regierung beteiligt oder in staatseigenen Betrieben in lukrative Positionen gebracht worden. Bei allen bisherigen Unruhen stand die Armeeführung stets an der Seite Maduros, zumal sie teilweise mit der Regierung identisch ist. Aktuell ist die Rolle der Armee aber deutlich unklarer, da die Privilegien der Generäle und höheren Offiziersränge keineswegs auch die Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziersränge betreffen und diese ebenfalls von der Krise betroffen sind.

5.2. Die Guardia Nacional de Venezuela (GNB)

Die Guardia Nacional de Venezuela ist eine Einheit, die sowohl dem Verteidigungs- als auch dem Innenministerium zugeordnet ist und für diverse Einsatzarten ausgebildet ist. Sie übernimmt Grenzschutzaufgaben, ist für Inlandsaufgaben als eine Art Bereitschaftspolizei vorgesehen und kann ebenso als Reserve der Streitkräfte als leichte Infanteriedivision eingesetzt werden. Ihnen wird eine starke Kooperation mit den Colectivos vorgeworfen, die sie angeblich als Hilfstruppe nutzen, um Demonstrationen aufzulösen. Ebenso waren sie zumindest

²⁴ Vgl. https://frrodriguez.web.wesleyan.edu/docs/working_papers/maisanta_april2009_final.pdf, abgerufen am 21.02.19.

²⁵ Zu Aufbau und Ausrüstung siehe: <https://www.globalsecurity.org/military/world/venezuela/index.html>, abgerufen am 20.02.19.

²⁶ Vgl. etwa <http://www.spiegel.de/politik/ausland/venezuela-machtkampf-mit-juan-Guaidó-die-methode-nicolas-maduro-a-1251392.html>, abgerufen am 20.02.19, 12.50.

anfangs an den OLPs beteiligt und verschiedenen Mitgliedern wird in diesem Rahmen die Beteiligung an Massakern vorgeworfen. Für die GNB und ihre Rolle im politischen Geflecht gilt weitgehend das bei der Armee Gesagte.

5.3. Policía Nacional Bolivariana (PNB)

Diese Polizeieinheit wurde 2009 gegründet, um eine einheitliche, durch den Zentralstaat kontrollierte Polizeitruppe zu haben. Sie stellt sozusagen das venezolanische Äquivalent der Bundespolizei dar, hat aber – in Absprache mit den örtlichen Behörden – deutlich weitergehende Befugnisse und wurde seit 2009 v.a. zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Caracas und Umgebung eingesetzt. Inzwischen wurde sie deutlich ausgebaut und verfügt mit den Fuerzas de Acciones Especiales (F.A.E.S) über spezialisierte Truppen für diverse Einsatzszenarien. Ihnen kommt inzwischen eine erhebliche Rolle bei der Eindämmung von Protesten zu, v.a. den F.A.E.S. wird dabei ein brutales Vorgehen nachgesagt.²⁷ Seit dem Jahr 2017 haben die F.A.E.S. weitgehend die Leitung der OLPs übernommen. Da sie dabei allerdings üblicherweise maskiert sind, ist unklar, inwieweit sie durch andere Truppen unterstützt werden. Sie sind militärisch ausgerüstet und führen die OLPs überwiegend mit Kurz- und Langwaffen einschließlich Sturmgewehren durch.

5.4. Staatliche Polizei

Venezuela umfasst 23 Bundesstaaten, jeder davon verfügt über eine eigene Landespolizei; ebenso haben größere Städte und manche Kreise eigene Polizeitruppen aufgestellt. Ihre Ausstattung, Motivation und Einbindung in kriminelle Netzwerke ist regional stark unterschiedlich. Es muss von häufiger Kooperation mit den lokalen Colectivos ausgegangen werden. Die örtlichen Polizeidienststellen haben allerdings nicht notwendigerweise Zugriff auf die Datenbanken anderer Dienststellen oder Dienste.

5.5. Colectivos

Colectivos ist eine Sammelbezeichnung für diverse kleinere bis mittelgroße (in manchen Fällen Bataillons- oder Regimentsgröße, etwa bei den Tupamaros²⁸), irreguläre Einheiten. Sie können zutreffend als regierungsnahe paramilitärische Banden charakterisiert werden und sind inoffiziell eng mit dem Sicherheitsapparat verzahnt. Ihren Ursprung haben sie einerseits in Bewegungen der Stadtguerilla, andererseits in genossenschaftlichen Wohnformen linker Bewegungen in Südamerika. In Venezuela bewohnen manche Colectivos bestimmte Straßenzüge oder Compounds zusammen mit ihren Familien, in denen die Versorgungslage üblicherweise erheblich besser ist. Sie kontrollieren je nach Größe Straßenzüge oder gar eigene Siedlungen, haben Zugang zu Devisen und sind praktisch straffrei für Taten, die sie im Rahmen von Aktionen gegen Oppositionelle begehen. Seit der Flucht der Generalstaatsanwältin Luisa Ortega Díaz ist davon auszugehen, dass keinerlei Interesse an einer Strafverfolgung von Seiten des Staates mehr besteht. Sie sind bewaffnet und als eine Art Schlägertruppe des Regimes anzusehen.²⁹ Mitgliedschaft in einem Colectivo bedeutet eine gesicherte Versorgung, sodass es für viele junge Venezolaner attraktiv ist, sich ihnen anzuschließen. Sie gehen auf Demonstrationen offensichtlich mit Billigung der Sicherheitskräfte brutal vor, um die Demonstranten zu zerstreuen. Ebenso halten sie sich aber – anscheinend auch auf Anweisung des Regimes – zurück, sodass von einem klaren Befehlsempfängerverhältnis zum Präsidenten ausgegangen werden muss.³⁰

Bei den Handlungen der Colectivos vermischen sich kriminelle Energie, wirtschaftliche Interessen von Schutzgelderpressung bis zum Drogenhandel, politische Ideologie und reale Abhängigkeit vom Regime.

²⁷ Als ein Beispiel unter vielen: <https://www.dailymail.co.uk/news/article-6711945/Masked-police-unit-accused-killing-200-President-Maduro-desperately-clings-power.html>, abgerufen am 21.02.19.

²⁸ Organisation, Entwicklung und Einbindung der Tupamaros in den venezolanischen Staat schon unter Chávez sind detailliert nachgezeichnet in George Knox, The Tupamaro Gang of Venezuela, 2008, abrufbar unter <https://www.ngcrc.com/ngcrc/tupaprof.htm>

²⁹ Zu Vorgehen und juristischen Ermittlungen gegen Colectivos v.a. im Zusammenhang mit Demonstrationen 2017 siehe HRW, „Crackdown on dissent“, <https://www.hrw.org/report/2017/11/29/crackdown-dissent/brutality-torture-and-political-persecution-venezuela#>. Abgerufen am 11.02.19, v.a. S. 5-8.

³⁰ Beispielhaft <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-47118139>, abgerufen am 20.02.19.

6. Die Rolle des Konzerns PDVSA

PDVSA (Petróleos de Venezuela, S.A.) ist der staatliche Öl- und Gaskonzern Venezuelas. Er entstand 1976 im Zuge der Bemühungen zur Verstaatlichung der Ölindustrie, die stets einer der Kernsektoren der venezolanischen Wirtschaft war. Nach einer Phase sinkender Förderung und fehlender Expertise, auch aufgrund einer Rechtslage, die Kooperationen mit ausländischen Firmen verbot, erholte sich die Fördermenge im Zuge einer Öffnung in den 90er Jahren. PDVSA agierte selbständig als Unternehmen im Besitz des venezolanischen Staates, war aber nicht weisungsgebunden. Dies änderte sich kurz nach der Machtübernahme durch Chávez im Jahr 1999. PDVSA wurde direkt weisungsgebunden und darauf ausgerichtet, Gelder für die Wohlfahrtsprogramme, aber auch Versorgungsposten für verdiente Chavisten und zunehmend Militärs bereitzustellen. Als sich im Rahmen der Streiks im Jahr 2002 auch die Belegschaft von PDVSA in hohem Maße beteiligte, wurden beteiligte Arbeiter und andere Angestellte, u.a. ein Großteil der Ingenieure, entlassen. Insgesamt kam es zur Entlassung von ca. 18.000 Personen, rund die Hälfte der Belegschaft. Seitdem ist eine beständige Abnahme der Ölfördermenge zu erkennen, die sich seit 2002 knapp halbiert hat. In den 2000er Jahren wurde dies durch den deutlich schneller steigenden Rohölpreis ausgeglichen. Seit der Weltwirtschaftskrise zeigten sich die negativen Folgen dieses Vorgehens. Parallel wurden wichtige Positionen ausschließlich mit Mitgliedern der sozialistischen Einheitspartei nachbesetzt, in den letzten Jahren auch zunehmend mit Angehörigen des Militärs. Reinvestitionen in die Anlagen fanden nur in geringem Maße statt, während die Einnahmen überwiegend für die Finanzierung des venezolanischen Staates (einschließlich der Wohlfahrtsprogramme und Nahrungsmittelfinfuhren) sowie der Staats- und Parteispitze um Maduro und die Leitungen und oberen Ränge der verschiedenen Sicherheitsdienste verwendet wurden. Die Kombination aus stagnierenden bis fallenden Erdölpreisen, aus dem Ruder laufenden Kosten für Nahrungsmittelimporte und andere Konsumgüter sowie die sinkende Qualität und Förderkapazität der Anlagen reduzieren zunehmend die ökonomische Grundlage, auf der das System Chávez/Maduro begründet war. Dennoch handelt es sich nach wie vor um den wichtigsten ökonomischen Aktivposten Venezuelas, dessen Kontrolle und Modernisierung wesentlich für die Versorgung Venezuelas ist.

7. Soziale Sicherungssysteme

Der Ausbau sozialer Sicherungssysteme war zwar Programm der Chavisten, lief jedoch weniger über eine Stärkung entsprechender staatlicher Institutionen, sondern über die Etablierung paralleler Strukturen. So wurde mittels der "Bolivarischen Missionen", einer Art mobiler Sozialstationen, Hilfe in arme Regionen und Stadtteile gebracht, dies jedoch nicht in einer einklagbaren Form. Mit Fortschreiten der ökonomischen Krise sind nicht nur die geschwächten staatlichen Systeme, sondern auch diese Nebensysteme zunehmend inoperabel geworden, zumal Ärzte und Pflegepersonal zu erheblichen Teilen das Land verlassen haben und Medikamente und andere Versorgungsgüter nur rudimentär zur Verfügung stehen.

Parallel wurde die Verteilung politisiert. Im Jahr 2016 wurde das System der CLAPs eingeführt (Comité Local de Abastecimiento y Producción, Lokale Komitees für Versorgung und Produktion), das über die sogenannten CLAP-Boxen eine Basislieferung an Lebensmitteln für arme Haushalte ermöglichen sollte. Diese CLAP-Boxen beinhalten üblicherweise Mais- oder Weizenmehl, Milchpulver, Pasta, Reis, Zucker und/oder Essig, allerdings in relativ kleinen Mengen. Die Kontrolle über die Verteilung diverser Güter wurde der Armee übertragen, die somit ein erstes Verfügungsrecht über die Waren hat, was ihre Loyalität sichert. Es gibt regelmäßig Berichte darüber, dass CLAPs unvollständig oder gar nicht ausgeliefert werden.

Zugang zum CLAP-System haben aber nur Personen, die sich registrieren lassen (was üblicherweise bedeutet, dass sie eine Carnet de la patria beantragen müssen). Die Boxen müssen – allerdings zu einem extrem stark subventionierten Preis – im Voraus bezahlt werden und dann, je nach Kreis, zu bestimmten Zeitpunkten abgeholt werden. Die innerhalb einer CLAP-Box befindlichen Nahrungsmittel sind nicht geeignet, eine dreiwöchige Periode lang ausreichend ernährt zu werden. Sie stellen lediglich eine nicht existenzsichernde Basisversorgung dar, die anderweitig ergänzt werden muss.

Der staatlich festgelegte Mindestlohn ist nicht geeignet, ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern, zumal er durch die sehr hohe Inflation sehr schnell aufgebraucht wird.³¹ Darauf wird mit der Anhebung des Mindestlohnes reagiert. Dadurch wird das Problem aber nicht gelöst, zumal der Lohn schneller an Wert verliert als er angehoben wird.

Darauf reagiert ein großer Teil der Bevölkerung mit unterschiedlichen Strategien, indem z.B. nicht unmittelbar notwendige Ausgaben (etwa für Möbel, Kleidungsstücke, höherwertige Lebensmittel) gekürzt bis vollständig unterlassen werden. Man konzentriert sich auf die Beschaffung von Nahrungsmitteln. Auch Medikamente, die nicht zum unmittelbaren Überleben notwendig sind, werden oft abgesetzt, zumal die Versorgung mit Medikamenten nicht gesichert ist. Wo immer möglich, werden Devisen statt Bolivar genutzt, etwa, indem man von im Ausland lebenden Verwandten harte Währung (Dollar, Euro, in letzter Zeit zunehmend auch kolumbianische Peso) beschafft oder indem man in Venezuela subventionierte Waren ins Ausland bringt und dort gegen harte Währung verkauft. In Grenzregionen ist die Beteiligung am Schmuggel stark verbreitet. Ein wichtiges Schmuggelgut ist das nach wie vor massiv subventionierte Benzin, das in Venezuela billiger als Wasser ist.³²

Die wirtschaftliche Lage führt dazu, dass kriminelle Banden, die mit Überfällen, Erpressungen und Entführungen ihr Geld verdienen, starken Zulauf von jungen Männern haben. Sie hoffen, auf diese Weise schnell an Geld zu kommen. Die Überforderung der Polizei durch das explosive Anwachsen dieser Form der Bandenkriminalität hat mit dazu beigetragen, dass Caracas heute als eine der unsichersten Städte der Welt gilt. Im Jahr 2017 kamen 111,19 Tötungsdelikte auf 100.000 Einwohner. Nur die mexikanische Stadt Los Cabos, in der 2017 ein Drogenkrieg eskalierte, lag weltweit vor Caracas.³³

Anders ist die Situation für die Oberschicht bzw. die dem Regime nahestehenden Personen- und Berufsgruppen. Diese hat Zugang zu Devisen wie Dollar und Versorgungsgütern, die anderen Bürgern nicht zugänglich sind. Es wird damit möglich, ihre unmittelbare familiäre Umgebung mitzuversorgen, bei höheren zivilen oder militärischen Rängen auch ein durchaus luxuriöses Leben zu führen. Gerade innerhalb der Sicherheitskräfte, etwa der Guardia Nacional, die für die Grenzsicherung zuständig ist, ist zudem eine Beteiligung am lukrativen Schmuggel weit verbreitet, sodass gerade in den Sicherheitskräften und den oberen Rängen der Verwaltung ein erhebliches Interesse am Fortbestehen der aktuellen Verhältnisse besteht. Dies gilt aber nur sehr begrenzt für untere Ränge, sodass derzeit gerade in Bezug auf die Armee unter Beobachtern große Uneinigkeit über die Loyalität der Mannschaftsränge herrscht.³⁴

³¹ Eine plastische Beschreibung praktischer Auswirkungen findet sich z.B. in <https://www.zeit.de/2018/21/venezuela-krise-nicolas-maduro-armut-hunger>, abgerufen am 22.02.19.

³² Der Preis wurde 2018 zwar angehoben, ist nach wie vor aber sehr niedrig, siehe z.B. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/venezuela-regierung-streicht-benzin-subventionen-a-1223933.html>, abgerufen am 22.02.19.

³³ Ausführlicher dazu US Department of State, Venezuela 2018 Crime & Safety Report, <https://www.osac.gov/Pages/ContentReportDetails.aspx?cid=23791>, abgerufen am 22.02.19.

³⁴ Siehe z.B. https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2019/02/01/will-venezuelas-military-back-or-abandon-maduro-here-are-the-4-things-theyll-consider/?noredirect=on&utm_term=.58eae5ee93d0, abgerufen am 20.02.19.

8. Fazit

Die Situation in Venezuela ist differenziert zu betrachten. Während die Oberschicht, dem Regime treu gegenüberstehende Personen, die einen passenden Versorgungsposten haben sowie weite Teile der Verwaltung und des Sicherheitsapparates ein relativ normales Leben führen können, auch wenn die rasant steigende Gewaltkriminalität sie ebenfalls betrifft, lebt ein erheblicher Teil der Bevölkerung in relativer, teilweise absoluter Armut und leidet massiv unter der Versorgungskrise. Nach wie vor sind viele der wesentlichen Parameter der Entwicklung für Venezuela besser als für einen Großteil der Welt – so liegt Venezuela beim Human Development Index auf Platz 78 und damit höher als beispielsweise der Irak oder Indonesien.³⁵ Auch die Kindersterblichkeit ist mit derzeit 32 toten Kindern unter fünf Jahren auf 1.000 Lebendgeburten noch unterhalb des weltweiten Durchschnitts von ca. 40. Diese Werte haben sich in den letzten Jahren aber deutlich verändert und es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich diese Entwicklung absehbar umkehren würde. Zudem ist der Absturz im Kontext Lateinamerikas umso deutlicher spür- und sichtbar. Hunger als ein zunehmendes Problem, während er ansonsten in der Region flächendeckend zurückgeht, ist ein deutliches Zeichen für die gegenseitige Verstärkung der negativen Tendenzen. Im gleichen Maße, wie die Versorgungslage schlechter wird, reagiert das Regime verstärkt mit Repressionsmaßnahmen.

Die aktuelle Protestbewegung, die sich seit dem 11.01.19 durch die Wahl Guaidós zum Interimspräsidenten durch das venezolanische Parlament formiert hat, hat allem Anschein nach eine deutlich größere Durchschlagskraft als die Proteste von 2017. Ebenso wird aber auch auf Seiten Maduros massiv mobilisiert, auch wenn hier diverse Gruppen wie etwa Angestellte des öffentlichen Dienstes zur Teilnahme verpflichtet werden konnten und insgesamt wesentlich weniger Unterstützer für Maduro als für Guaidó auf die Straße gingen. Dennoch gibt es nach wie vor erheblichen Rückhalt für Maduro in Apparat und auch Teilen der Bevölkerung.

Derzeit ist davon auszugehen, dass die Migrationsneigung der Venezolaner aufgrund der Wirtschaftslage und der verstärkten Repressionen deutlich zunehmen wird.³⁶ Ein Blick in einschlägige soziale Netzwerke offenbart täglich eine große Zahl an informellen Hilferufen nach teilweise einfachen Medikamenten ebenso wie Dutzende Videos, in denen en Detail die Modalitäten und Voraussetzungen für die Auswanderung in diverse Länder erläutert werden.

Hinzu kommt, dass die deutlich verstärkte politische Repression ebenfalls den Migrationsdruck erhöht. Sollte es zu einer gewaltsamen Niederschlagung der derzeitigen Proteste kommen, ist diesmal anders als im Jahr 2017 eine Eskalation deutlich wahrscheinlicher, die dann zu einem erheblich stärkeren Exodus führen könnte.

³⁵ Siehe United Nations development Programme, Human Development Reports Venezuela, <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/VEN>, abgerufen am 22.02.19.

³⁶ Diese Einschätzung wird von Seiten des UNHCR geteilt, siehe dazu den Regional Refugee and Migrant response Plan for refugees and Migrants from Venezuela 2019, <http://reporting.unhcr.org/node/21600>, abgerufen am 22.02.19, S. 14. Ausgehend von den derzeit verfügbaren Daten geht das UNHCR von einem Ansteigen der Zahl der Venezolaner außerhalb Venezuelas auf etwa 5,3 Millionen bis zum Ende 2019 aus, was etwa einer Verdoppelung entspricht.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

2/2019

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung / Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de
<https://milo.bamf.de>

Die Publikation wurde erstellt vom Referat Länderanalysen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de